

Die vom angefochtenen Urteil vertretene gegen-
teilige Auffassung verstößt also nicht nur gegen
sachliches Recht, sondern beruht auch auf einer
falschen Einschätzung der dem Gesetz über die Herab-
setzung des Volljährigkeitsalters zugrundeliegenden
Gedanken.

§ 267 Abs. 4 StPO.

**Abgekürzte Urteilsbegründung ist nur bei ausdrück-
lichem Verzicht der Staatsanwaltschaft und des Ange-
klagten auf Rechtsmittel gegen eine Verurteilung in-
nerhalb der Rechtsmittelfrist zulässig, nicht schon dann,
wenn die Berechtigten innerhalb dieser Frist kein
Rechtsmittel eingelegt haben.**

OG, Urt. vom 6. Februar 1951 — 3 Zst 70/50.

Aus den G r ü n d e n :

Dem Antrag des Generalstaatsanwalts war stattzu-
geben.

Das Urteil enthält mehrere verfahrensrechtliche
Mängel. Es stützt sich lediglich auf das Geständnis
des Angeklagten und nimmt insoweit Bezug auf das
Ermittlungsergebnis der Anklageschrift, ohne die aus
dem Geständnis des Angeklagten für erwiesen er-
achteten Tatsachen anzuführen. Die Strafprozeßord-
nung bietet für eine Bezugnahme auf die Anklage-
schrift anstelle der Ausführungen über die in der
Hauptverhandlung gewonnenen Feststellungen keine
Handhabe. Das Urteil muß grundsätzlich den fest-
gestellten Sachverhalt in ausreichender verständlicher
Darstellung enthalten. Eine Ausnahme ist nur dann
gegeben, wenn bei einer Verurteilung alle zur An-
fechtung des Urteils Berechtigten auf Rechtsmittel
verzichtet haben. In einem solchen Fall kann auf den
Eröffnungsbeschluß Bezug genommen werden (§ 267
Abs. 4 StPO). Unter Rechtsmittelverzicht ist der aus-
drückliche Verzicht der Staatsanwaltschaft und des
Angeklagten auf Einlegung eines Rechtsmittels zu ver-
stehen (vgl. Schwarz 1941 Anm. zu § 267 StPO 2/IV).
Eine andere Ansicht vertritt Löwe/Rosenberg (Ausgabe
193 Anm. zu § 267/8 b), der auch einen Rechtsmittel-
verzicht sieht, wenn die Berechtigten innerhalb der
Rechtsmittelfrist von ihrem Recht keinen Gebrauch
gemacht haben. Dieser Auffassung kann nicht ge-
folgt werden, da sie der Vorschrift des § 275 StPO,
wonach die Urteilsabsetzung binnen einer Woche —
also vor Ablauf der Rechtsmittelfrist — zu erfolgen
hat, entgegenstehen würde. Im vorliegenden Fall wäre
also auch für eine einfache Bezugnahme auf den Er-
öffnungsbeschluß kein Raum, da das Urteil erst nach
Ablauf der Rechtsmittelfrist rechtskräftig geworden
ist. Abgesehen davon ist das Verfahren schon deshalb
mangelhaft, weil ein Eröffnungsbeschluß gemäß
§§ 203, 207 StPO überhaupt nicht ergangen ist.

**§ 12 des Gesetzes über die Errichtung des Obersten
Gerichtshofes und der Obersten Staatsanwaltschaft der
Deutschen Demokratischen Republik; § 358 StPO;
NotVO vom 6. Oktober 1931 VI Kap. I § 1; Art. 8 VO
vom 13. August 1942.**

1. Die Frist zur Kassation solcher Entscheidungen, die
vor dem Inkrafttreten des Gesetzes über die Er-
richtung des Obersten Gerichtshofes und der Ober-
sten Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokrati-
schen Republik vom 8. Dezember 1949 nicht kassa-
tionsfähig waren, hat am 19. Dezember 1949 be-
gonnen.
2. Die Einstellung eines Privatklageverfahrens mit
der Begründung, die Schuld des Täters sei gering
und die Folgen seiner Tat seien unbedeutend, ist
nur zulässig, wenn das Gericht diese Voraussetzun-
gen geprüft hat.
3. Wird auf Kassationsantrag eine Beschwerdeent-
scheidung aufgehoben, so entscheidet das Oberste
Gericht selbst, soweit es sich um Rechtsfragen
handelt.
4. Die Bestimmungen des Art. 8 der VO zur weiteren
Vereinfachung der Rechtspflege vom 13. August 1942
(RGBl. I S. 508) sind nicht mehr geltendes Recht.

OG, Urt. vom 30. Januar 1951 — 3 Zst 88/50.

Aus den G r ü n d e n :

Die Privatklägerin erhob am 22. Dezember 1948 gegen
die Angeklagten Privatklage wegen Vergehens nach
§ 223 StGB. Zur Begründung führte sie aus, daß sie

am 7. Dezember 1948 von der Angeklagten Elly F. im
Verlauf einer Auseinandersetzung niedergeschlagen
und schwer mißhandelt worden sei. Darauf sei dann
der Angeklagte Willy F. erschienen und habe sie ge-
würgt und rücklings die Treppe hinuntergeworfen, so
daß sie besinnungslos liegen geblieben sei. Zum Be-
weis ihrer Darstellung hat die Privatklägerin drei
Zeugen benannt und zwei ärztliche Zeugnisse über-
reicht. Nach einer Gegenäußerung des Angeklagten
Willy F. stellte das Amtsgericht am 17. Juni 1949 das
Verfahren gemäß § 7, Teil 6, Kapitel I der Verordnung
vom 6. Oktober 1931 (RGBl. S. 537) ein, da die Schuld
des Täters gering und die Folgen der Tat unbedeutend
seien. Die hiergegen von der Privatklägerin am
16. August 1949 eingelegte Beschwerde wurde am
28. September 1949 von der Beschlußkammer des Land-
gerichts zurückgewiesen.

Zur Begründung hat die Beschlußkammer angeführt:

Nach dem bisher festgestellten Sachverhalt sei es zu
den Tätlichkeiten, die den „Privatbeklagten“ vorge-
worfen würden, auf Grund einer Auseinandersetzung
der Parteien über die beiderseitigen Kinder gekommen.
Nach der Lebenserfahrung trage in einem solchen Fall
nicht nur derjenige, der sich zur Begehung von Tät-
lichkeiten habe hinreißen lassen, sondern auch der Be-
troffene, der regelmäßig durch beleidigende Äuße-
rungen seinerseits an der Auseinandersetzung beteiligt
gewesen sei, „ein gewisses Maß von Schuld“. Die Ein-
stellung des Verfahrens durch das Amtsgericht wegen
Geringfügigkeit der Schuld der „Privatbeklagten“ sei
daher durchaus sachgemäß, zumal da eine erhebliche
Überlastung der Strafjustiz bestehe und daher Straf-
verfahren wegen geringfügiger Vorkommnisse, die im
Wege der Privatklage zu verfolgen seien, nur dann
durchgeführt werden könnten, „wenn ein zwingendes
öffentliches Interesse an der Bestrafung des Täters
besteht.“

Der angefochtene Beschluß ist seit dem 28. September
1949 rechtskräftig. Der Kassationsantrag ist am 19. De-
zember 1950 beim Obersten Gericht eingegangen. Nach
§ 1 des brandenburgischen Gesetzes über die Nichtig-
keitsbeschwerde gegen Strafurteile vom 11. September
1947 war die „Nichtigkeitsbeschwerde“, die an sich dem
in den Ländergesetzgebungen der vormaligen Ostzone
und jetzt in den §§ 12 ff. OGStG vorgesehenen Kassa-
tionsantrag entspricht, nur gegen Urteile zulässig, also
nicht gegen Beschlüsse. Nach § 12 OGStG kann da-
gegen unter den dort bestimmten Voraussetzungen die
Kassation von „Entscheidungen“ erfolgen, also auch
von rechtskräftigen Beschlüssen. Die Frist für den
Kassationsantrag gegen eine rechtskräftige Entschei-
dung, die nach dem 8. Mai 1945 und vor dem Inkraft-
treten des OGStG ergangen ist und bisher nicht kassa-
tionsfähig war, beginnt nach § 13 Abs. 1 Satz 2 OGStG
mit dem Tage des Inkrafttretens des OGStG. Um eine
derartige Entscheidung handelt es sich, wie! dargelegt,
im vorliegenden Fall. Das OGStG ist nach seinem § 19
mit der Verkündung in Kraft getreten. Der Präsident
der Deutschen Demokratischen Republik hat das Ge-
setz am 15. Dezember 1949 zur Verkündung gegeben.
Die Verkündung ist nach Art. 81 Abs. 1 der Verfassung
mit dem Erscheinen des Gesetzes im Gesetzblatt der
Deutschen Demokratischen Republik vollzogen. Die das
OGStG enthaltende Nummer 16 des Gesetzblattes trägt
das Datum vom 19. Dezember 1949. Das Gesetz ist da-
her seit dem 19. Dezember 1949 in Kraft. Der Kassa-
tionsantrag des Generalstaatsanwalts ist also recht-
zeitig beim Obersten Gericht eingegangen.

Die Einstellung eines Privatklageverfahrens ohne
Zustimmung der Beteiligten und der Staatsanwalt-
schaft ist nach der Verordnung vom 6. Oktober 1931
nur unter zwei Voraussetzungen zulässig:

1. Geringe Schuld des Täters.
2. Unbedeutende Folgen der Tat.

Die Einstellung setzt voraus, daß eine Prüfung in
dieser Richtung vorgenommen worden ist. Die Rechts-
lage ist also ebenso wie bei der Einstellung eines Offi-
zialverfahrens nach § 153 Abs. 2 und 3 StPO (abgesehen
davon, daß hier Zustimmung der Staatsanwaltschaft
erforderlich, und andererseits Beschwerde nicht statt-
haft ist). Für diesen Fall hat das Oberste Gericht bereits
ausgesprochen, daß ein Einstellungsbeschluß nur dann
erlassen werden kann, „wenn nach dem vorliegenden